

## **Antrag Nr. 10**

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 170. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 17. Juni 2021

### **PSYCHOSOZIALE VERSORGUNG MUSS BESONDERS IN DER COVID-KRISE SICHERGESTELLT WERDEN**

In den letzten Jahren kann ein Anstieg an psychischen Erkrankungen beobachtet werden. Arbeitsverdichtung sowie Zeit-, Kosten- und Termindruck stellen neben physische, auch hohe psychische Anforderungen an die Beschäftigten. Hinzukommen Mehrfachbelastungen bei familiären Verpflichtungen wie Pflege, Kinderbetreuung etc, die insb Frauen betreffen. Die aktuelle Krise führt zu einer zusätzlichen psychischen Belastung.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher eine Evaluierung des Bedarfs auf Bundesebene und einen Ausbau des Angebots für die Versorgung psychisch Erkrankter in Österreich bei voller Übernahme der Kosten durch die KV-Träger. Das umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:**

**Evaluierung des Bedarfs auf Bundesebene durch die GÖG**

**Sachleistung über die E-Card für alle Betroffenen ohne Eigenanteil und kürzere Wartezeiten**

**Diese Sachleistungen sollen analog zu den ärztlichen Leistungen über einen Gesamtvertrag Psychotherapie über alle KV-Träger harmonisiert sein.**

**Erforderlichkeit eines gesamthaften Ansatzes iS eines Disease Managements Programms**

- **Gleichwertiger Zugang zur Versorgung psychischer Erkrankungen wie bei physischen (chronischen) Erkrankungen**
- **Massiver Ausbau der Prävention im Bereich psychische Gesundheit (early intervention, psychische Evaluierung)**
- **Ausbau im Spitalsbereich**
  - **Ausbau des Bereichs für Kinder und Jugendliche**
  - **Fremdsprachliche Beratung und Betreuung für besonders betroffene Gruppen (zB traumatisierte Flüchtlinge)**
- **Regelmäßiges Angebot eines psychologischen Screenings (Tests) für ArbeitnehmerInnen beispielsweise des Akutversorgungsbereichs und bei Bedarf anschließende Behandlung**
- **Für dauerhafte Ergebnisse braucht es bedarfsgerechte konkrete Maßnahmen mit ausreichender Dauer**
- **Integration von psychosozialer Versorgung in die Primärversorgung, Ausbau niederschwelliger Angebote**
- **Verbesserung der Rahmenbedingungen und Informationsangebote für die psychotherapeutische Versorgung (insbesondere auch durch Clearingstellen)**
- **Gezielte Stärkung der Gesundheitskompetenz bezogen auf psychische Belastungen, Psychotherapie und Psychopharmaka**

**Evaluierung der Verschreibung von Psychopharmaka und Festlegung von standardisierten Leitlinien für die Verschreibung Enttabuisierungsmaßnahmen Angebote (zB psychosoziale Begleitung) für pflegende Angehörige als besondere Risikogruppe (insbesondere auch young carers)**

**COVID-19-spezifische Maßnahmen:**

- Behandlung für jene in Quarantäne und an COVID-Erkrankte, sowie Angehörige (kostenlose online Behandlung)**
- Weitere Forcierung telefonischer und telepsychosozialer Angebote**
- Besondere Unterstützungsangebote für die massiv belasteten Gesundheitsberufe**

Die Krankenstandstage haben sich aufgrund psychischer Störungen und Verhaltensstörungen in den letzten 25 Jahren mehr als verdreifacht. Dies führt zu Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Auszahlung von Krankengeld. Derselbe Trend kann auch bei den Heilmitteln für psychische Erkrankungen beobachtet werden, bei denen es steigende Verordnungszahlen gibt. Psychische Erkrankungen machen heute bereits mehr als ein Drittel jener Diagnosen aus, die zu einer Berufsunfähigkeits- oder Invaliditätspension führen. Auch diese Tendenz ist stark steigend. Mehr als die Hälfte der Zuerkennungen von Rehabilitationsgeld haben ihre Ursache in einer psychischen Erkrankung. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sind öfter arbeitslos und/oder nicht arbeitsfähig, und sind somit häufiger von Armut betroffen. Menschen, die arm sind, erkranken wiederum öfter an Depressionen, was zu Wechselwirkungen führt.

Aktuell kommt die besondere Belastung durch die Corona-Krise hinzu. Diese schlägt sich besonders auf die Psyche der Menschen nieder. Bisherige Studienergebnisse zeigen einen massiven Anstieg psychischer Probleme auf, darunter insbesondere Schlafstörungen, Depressionen, Angst- und Panikstörungen. Die Gründe sind vielfältig: Neben Sorgen um die eigene Gesundheit, spielen Zukunftsängste, finanzielle Sorgen, Jobverlust oder Einsamkeit eine Rolle. Besonders stark betroffen sind junge Erwachsene, Frauen, Arbeitslose und Alleinstehende. All dies verschärft die unzureichende Versorgungslage weiter. In einer besonderen Lage sind auch die im Gesundheitsbereich Tätigen selbst, deren psychische Belastung nach aktuellen Studienergebnissen ebenfalls massiv angestiegen ist.

Es ist daher besonders wichtig, jetzt in den Bereich der psychosozialen Versorgung zu investieren und diesen auszubauen. Die aktuelle psychosoziale Versorgungssituation in Österreich ist von fehlenden kassenfinanzierten Behandlungsplätzen, langen Wartezeiten und finanziellen Hürden geprägt. Das ist jedoch in diesem Bereich fatal, da ein rechtzeitiges bzw. frühestmögliches Einschreiten besonders wichtig für den Therapieerfolg und die Vermeidung von Folgekosten ist.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es in Österreich besonderen Handlungsbedarf. So wurde erst vor Kurzem an einzelnen Standorten bereits von notwendiger Triage aufgrund der Mehrbelastung durch die Pandemie berichtet. Derartigen Engpässen muss aktiv entgegengewirkt werden.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
------------------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------------------	---------------------------------------